

Demmer, Marianne

## **Bildungsbericht 2006 und nationale Bildungsstrategie**

*Die Deutsche Schule 98 (2006) 4, S. 390-396*



Quellenangabe/ Reference:

Demmer, Marianne: Bildungsbericht 2006 und nationale Bildungsstrategie - In: Die Deutsche Schule 98 (2006) 4, S. 390-396 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-273444 - DOI: 10.25656/01:27344

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-273444>

<https://doi.org/10.25656/01:27344>

### **Nutzungsbedingungen**

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### **Terms of use**

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### **Kontakt / Contact:**

peDOCS  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Digitalisiert

Mitglied der

  
Leibniz-Gemeinschaft

---

# Offensive Pädagogik

---

Marianne Demmer

## Bildungsbericht 2006 und nationale Bildungsstrategie

Im Sommer 2006 hat ein von Bundesbildungsministerium (BMBF) und Kultusministerkonferenz (KMK) beauftragtes Konsortium unter Leitung von Professor Avenarius vom Deutschen Institut für internationale pädagogische Forschung (DIPF), den ersten offiziellen Bildungsbericht für Deutschland veröffentlicht.<sup>1</sup> Außer dem DIPF waren im Konsortium vertreten: das Deutsche Jugendinstitut (DJI), das Hochschul-Informationssystem (HIS), das Soziologische Forschungsinstitut an der Universität Göttingen (SOFI) sowie die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Zur Aufgabe des Konsortiums gehörte es, außer dem Bericht auch eine Gesamtkonzeption der Bildungsberichterstattung, ein Indikatorenmodell zur längerfristigen Beobachtung der Bildungsentwicklung und eine Strategie zur Gewinnung bildungsrelevanter Daten zu erstellen. Der Bericht, die genannten Materialien sowie weiterführende Informationen sind auf einer Internetseite<sup>2</sup> zugänglich. Der 330-seitige Bericht (einschließlich 130 Seiten ausgewählter Tabellen) ist auch in gedruckter Form veröffentlicht.

Wie der *inhaltliche* Auftrag bzw. die inhaltlichen Vorgaben genau aussehen, die Bundesbildungsministerium und Kultusministerkonferenz dem Konsortium gemeinsam erteilt haben, geht aus dem Bericht nicht hervor. Hierzu heißt es vage, der Bericht solle dazu beitragen, die „elementaren Fragen gesellschaftlicher Entwicklung, die in den bildungspolitischen Debatten artikuliert werden und sich immer wieder neu für das Bildungswesen stellen (...) empirisch zu fundieren und den an der Gestaltung des Bildungswesens beteiligten Akteuren Antworten aus der Systemperspektive zu ermöglichen.“ (Konsortium 2006, S. 1) Bei dem Bericht handelt es sich demnach um eine unverbindliche *Vorform der Politikberatung*, bei der offen bleibt, ob und welchen Gebrauch die politischen Akteure davon machen. An verschiedenen Stellen wird dem-

---

1 Konsortium Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland. Ein indikatorenge-  
stützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Im Auftrag der Stän-  
digen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland  
und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Gütersloh: Verlag W. Ber-  
telsmann, 2006

2 <http://www.bildungsbericht.de>

entsprechend auch ausdrücklich betont, dass das Konsortium auf „Wertungen und Empfehlungen“ (Konsortium 2006 S. 2 und 209) verzichtet habe. Oder vielleicht verzichten *musste*?

Einer der Vorläufer des Bildungsberichts 2006, der 2003 erschienene, von der KMK in Auftrag gegebene *Bildungsbericht für Deutschland – Erste Befunde*<sup>3</sup> hatte sich noch deutlich weniger Zurückhaltung auferlegt und mit Empfehlungen und Wertungen nicht gespart. Ein zusammenhängendes Kapitel zur „Verteilung von Bildungschancen“, wie es 2003 enthalten war, in dem zum Beispiel auch der Zusammenhang von ungleichen Chancen und früher Selektivität des deutschen Schulsystem unmissverständlich angesprochen wird, sucht man im Bericht von 2006 vergebens. Die Doll- und Schmerzpunkte des deutschen Bildungssystems sollen offenbar nicht so deutlich thematisiert werden, dass der Handlungsdruck für die politischen Akteure zu stark wird.

Mit dieser zurückhaltenden Variante eines Bildungsberichts ist gleichzeitig die Entscheidung gefallen, dass der Beschluss des deutschen Bundestages vom 04. Juli 2002 durch die jetzige Regierung nur zur Hälfte umgesetzt wird. In besagtem Beschluss war nicht nur verlangt worden, mit den Ländern eine Verständigung über die Erarbeitung eines nationalen Bildungsberichts herbeizuführen, sondern auch über „die mögliche Errichtung eines *nationalen Sachverständigenrates* zur Berichterstattung und *Begutachtung* über die Entwicklung des Bildungswesens“<sup>4</sup>. Davon ist keine Rede mehr.

Der Bildungsbericht 2006 soll der Beginn einer kontinuierlichen Berichterstattung sein, die im Abstand von jeweils zwei Jahren fortgeschrieben werden soll. Kern soll die *ationale* Berichterstattung sein, allerdings wird Anschlussfähigkeit an internationale Berichte angestrebt. Konstanz und die Möglichkeit des Vergleichs im Zeitablauf sollen durch „wenige gleich bleibende Kernindikatoren“ (Konsortium 2006 S. 2) erreicht werden. Welche Indikatoren das sind, steht noch nicht fest. Auch ist noch nicht ersichtlich, welches nach dem diesjährigen Schwerpunktthema Migration der nächste thematische Schwerpunkt ist. Bildungspolitisch von Interesse ist die Frage, wer darüber entscheidet. Denn man kann davon ausgehen, dass mit diesen Festlegungen gleichzeitig bildungspolitische Weichenstellungen vorgenommen werden.

Wer also war bei diesem ersten jetzt vorgelegten Bericht außer den genannten Instituten des Konsortiums an den inhaltlichen Festlegungen beteiligt? Das Projekt wurde von einem zwölfköpfigen wissenschaftlichen Beirat unter Leitung von Prof. Baumert begleitet.<sup>5</sup> Die Mitglieder wurden von Bund und Ländern gemeinsam berufen. Die Arbeit wurde zudem von zahlreichen weiteren WissenschaftlerInnen entweder kontinuierlich oder in Einzelfragen begleitet. Nach den im Bericht genannten Namen zu schließen, waren die empirisch arbeitenden Bildungsforscher, die Deutschland hat (ganz überwiegend Männer) mehr oder weniger eng beteiligt.

---

3 Avenarius u.a.: Bildungsbericht für Deutschland – Erste Befunde. Im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main 2003

4 Zitiert nach Deutscher Bundestag Drucksache 16/1490

5 Mitglieder des Beirats siehe <http://www.bmbf.de/de/1558.php>

Durch wen und wie wurde und wird der Prozess jedoch *politisch* gesteuert? Eine gründliche Antwort auf diese Frage sucht man im Bericht vergeblich. Hier erfährt man nur vage etwas von einer „Steuerungsgruppe“, mit der der Bericht „in Abstimmung“ erarbeitet worden sei. Gleichzeitig betont das Konsortium die „Wahrung seiner wissenschaftlichen Unabhängigkeit“:

*„Das Konsortium hat den Bericht unter Wahrung seiner wissenschaftlichen Unabhängigkeit in Abstimmung mit einer Steuerungsgruppe erarbeitet, die für die Auftraggeber – die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und das Bundesministerium für Bildung und Forschung – die Arbeit des Konsortiums begleitete.“ (Konsortium 2006, S. V)*

Über diese Steuerungsgruppe, die sich paritätisch aus Vertretern der KMK und des BMBF zusammensetzt und die demnach keine unwichtige Funktion hat und immerhin den Willen der Auftraggeber vertritt, gibt es also erstaunlich wenige Informationen. Die Vertreter der KMK in der Steuerungsgruppe sind an die im Plenum der KMK vom 04.03.2004 verabschiedeten „Eckpunkte zur Bildungsberichterstattung“<sup>6</sup> gebunden. Auf der Basis dieser Eckpunkte, so heißt es in der Antwort auf eine Kleine Anfrage von Abgeordneten der Linkspartei, die seitens der Bundesregierung unter Drucksache Nr. 16/1490 am 16.05.2006 beantwortet wurde, hätten sich die Bundesministerin für Bildung und Forschung, die Präsidentin und die Vizepräsidenten der KMK in einem Spitzengespräch am 22. März 2004 auf die regelmäßige Erstellung eines gemeinsamen Bildungsberichts verständigt. Allerdings gehen diese Eckpunkte auf inhaltliche Fragestellungen nicht ein.

Mehr Aufklärung bieten in dieser Hinsicht auch die übrigen Antworten auf die Kleine Anfrage des Bundestages vom 16.05.2006 nicht. Die inhaltlichen Festlegungen, Akzentuierungen und Schwerpunktsetzungen wurden und werden offenbar zwischen Konsortium, Beirat und Steuerungsgruppe in nicht öffentlichen Prozeduren ausgehandelt. Diese Intransparenz wird durch weitere Antworten auf die Kleine Anfrage unterstrichen. In ihnen tritt ein bemerkenswert etatistisches Verständnis der Bundesregierung zu Tage. Auf *Frage 3*: „In welcher Art und Weise waren die bildungspolitische Fachöffentlichkeit und das Parlament an der konkreten *Festlegung des Auftrags* beteiligt?“ lautet die Antwort knapp und deutlich:

*„Wesentliche Aspekte für die Bildungsberichterstattung ergeben sich aus dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 04. Juli 2002. Darüber hinaus sieht der genannte Beschluss keine Beteiligung der bildungspolitischen Fachöffentlichkeit und des Parlaments vor.“*

Dies könnte ja für die nächsten Berichte geändert werden. Aber daran ist mitnichten gedacht, sondern auf die entsprechende Frage wird eine denkbar schroffe Ablehnung formuliert. Auf *Frage 9*: „Inwiefern soll zukünftig dem Deutschen Bundestag und außerparlamentarischen Interessengruppen die Möglichkeit gegeben werden, auf die *Konzeption der Berichterstattung* und die dem Bericht zugrunde liegenden Standards Einfluss zu nehmen bzw. ihre Positionen dazu frühzeitig zu äußern?“ lautet die Antwort:

---

6 Eckpunkte zur Bildungsberichterstattung. Beschluss vom Plenum der Kultusministerkonferenz am 04.03.2004. Unveröffentlicht. Teilweise zitiert in Deutscher Bundestag Drucksache 16/1490

„Der Bildungsbericht wird von unabhängigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern erstellt und verantwortet. Es ist geplant, dieses Verfahren auch künftig beizubehalten.“

Man hört ein „Und damit Basta!“ regelrecht mit. Zudem scheint auch der Auftrag des Wissenschaftlichen Beirats nicht mehr klar, denn nach Aussage der Bundesregierung gibt es in der Folge der Grundgesetzänderung des Artikel 91 b Abs. 2 GG den Bedarf, „auch die künftige Struktur und Aufgaben des Beirats für die Bildungsberichterstattung zu erörtern“. (Antwort auf Frage 5) Man darf also gespannt sein, ob bzw. wie sich der Wegfall der gemeinsamen Bildungsplanung im Schulbereich für die gemeinsame Bildungsberichterstattung niederschlagen wird.

Der Bildungsbericht 2006 geht von dem Konzept „Bildung im Lebenslauf“ aus und dokumentiert damit, dass die offizielle Bildungspolitik zur Kenntnis genommen hat, dass Bildung mehr ist als schulische Bildung. Dass es sich vielmehr um einen Prozess handelt, der in frühester Kindheit beginnt, bis ins hohe Alter reicht und sich auch außerhalb von Bildungseinrichtungen abspielt. Folgerichtig bilden die Kapitel „Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung“, „Allgemein bildende Schulen und non-formale Lernwelten im Schulalter“, „Berufliche Ausbildung“, „Hochschule“, „Weiterbildung und Lernen im Erwachsenenalter“ den Kern des Berichts. Vorangestellt sind die Kapitel „Bildung im Spannungsfeld veränderter Rahmenbedingungen“ und „Grundinformationen zu Bildung in Deutschland“, der Bericht schließt mit dem thematischen Schwerpunkt „Migration“ und dem Kapitel „Wirkungen und Erträge von Bildung“.

Bei der Darstellung der Indikatoren orientiert sich der Bericht an dem international mittlerweile üblichen Modell „Kontext/Input – Prozess – Output/Outcome“, wobei dieses Modell innerhalb der einzelnen Kapitel häufig nur mit einem oder zwei Elementen vertreten ist. So fehlt im Schulkapitel das Element Kontext/Input zum Beispiel vollständig, obwohl hierzu mit Lehrerversorgung, Lern-/Klassengrößen etc. reichlich Indikatoren bei den statistischen Bundes- und Landesämtern vorhanden wären.

Nach Angaben der Verfasser liegt dem Bildungsbericht ein *umfassendes Verständnis von den Zielen der Bildung* zugrunde:

- *Individuelle Regulationsfähigkeit*: dies schließt den Erwerb verwertbarer Qualifikation ein, ist aber darüber hinaus im Sinne des humboldtschen Bildungsbegriffs „mit der Idee der Selbstentfaltung, mit Aneignung und verantwortlicher Mitgestaltung von Kultur verbunden“
- *Humanressourcen*: dieses Konzept propagiert z.B. die OECD; danach hat Bildung den Qualifikationsbedarf sowohl in nationalökonomischer Perspektive zu decken wie auch das Individuum mit verwertbaren Qualifikationen auszustatten, die es ihm ermöglichen, entsprechend seinen Neigungen und Fähigkeiten seinen Lebensunterhalt zu bestreiten
- *Gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit*: Bildung soll der systematischen Benachteiligung durch soziale und/oder ethnische Herkunft, durch Geschlecht und Behinderung entgegenwirken und einen Beitrag „zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zu demokratischer Partizipation“ (Konsortium 2006, S.2) leisten.

Der Bericht „Bildung in Deutschland“ ist in der Öffentlichkeit *bisher nur sehr verhalten diskutiert und kommentiert* worden. Das hat vermutlich vor allem den Grund, dass wenig Neues und nichts Spektakuläres berichtet wurde. Dass nur noch 43 % eines Jahrgangs sofort nach dem Schulabschluss einen beruflichen Ausbildungsplatz im dualen Ausbildungssystem erhalten und fast ebenso viele im sog. Übergangssystem in Warteschleifen landen, die häufig genug Sackgassen sind, gehörte zu denjenigen Informationen, die von der Presse ausführlich berichtet wurden. Insgesamt liegt der *Neuigkeitswert des Berichts* jedoch weniger in den berichteten Befunden als in dem Umstand, dass sich Bundesregierung und Kultusministerkonferenz überhaupt auf dieses gemeinsame Projekt geeinigt haben. Aber letzteres wiederum ist nur für eine Fachöffentlichkeit interessant, die um die Kompetenzstreitigkeiten von Bund und Ländern weiß. Die „normale“ Öffentlichkeit hält ein gemeinsames Vorgehen von Bund und Ländern in Bildungsfragen sowieso für selbstverständlich und käme vermutlich aus dem Staunen und Kopfschütteln nicht mehr heraus, wenn ihr die Rangeleien hinter den Kulissen bekannt wären.

Der ansonsten eher geringe Neuigkeitswert des Berichts ist im *methodischen Vorgehen* begründet. Dessen Besonderheit liege darin, so die Autoren, dass der Bericht eine „problemorientierte Darstellung auf der Grundlage von *Indikatoren*“ sei. Indikatoren seien „die geeignetste Form der Erfassung des Zustands und der Entwicklung des Bildungswesens“. Sie stünden als „statistisch gesicherte Kennziffern... für bestimmte Qualitätsaspekte“. (Konsortium 2006, S. 2/3) Da das Konsortium nicht den Auftrag hatte, selbstständig Untersuchungen durchzuführen, konnte sich der Bericht nur auf national und international bereits *vorhandene* empirische Daten stützen. Die Datensätze sollten zudem „fortschreibbar“ sein und bundesweite und „soweit möglich auch international und länderspezifisch vergleichende Aussagen zulassen“ (Konsortium 2006, S. 3). Innerhalb der zu Verfügung stehenden Zeit (zwischen Oktober 2004 und April 2006) konnte das Konsortium also nur *Vorhandenes und in der Regel bereits Bekanntes* neu kombinieren, analysieren und interpretieren. Durch den freiwilligen oder verordneten Verzicht auf Wertungen und Empfehlungen fehlte zudem der politische Zündstoff. Allerdings enthält der Bericht durchaus deutliche – meist indirekte – Kritik an den politisch Verantwortlichen. So endet zum Beispiel das *Kapitel Migration* nach einer Beschreibung der vielfachen Bildungsprobleme dieser Bevölkerungsgruppe folgendermaßen:

*„Umso bedauerlicher ist es, dass kaum verlässliche Daten vorliegen, die etwas darüber sagen, welche Art von Förderung bei welchen Personen welche Wirkung entfaltet. Nach mehreren Jahrzehnten Diskussion über Migration und Bildung in Deutschland lassen sich die Defizite – unter Rückgriff auf neue Daten des Mikrozensus und internationale Schulleistungsstudien – schärfer benennen als je zuvor. Die Probleme von Zugewanderten und ihren Kindern beim Durchgang durch das deutsche Bildungssystem und beim Übergang in das Beschäftigungssystem sind unübersehbar; sie verlangen nach stärkeren und systematischeren Anstrengungen. Umso gravierender ist der Mangel an Wissen über erfolgreiche institutionelle und pädagogische Strategien.“* (Konsortium 2006, S. 179)

Aber die Auftraggeber KMK und BMBF wollen offensichtlich einerseits die alleinige *Deutungshoheit* haben und sich andererseits nicht auf konkrete Maß-

nahmen festlegen lassen. Dies ist jedoch umso fragwürdiger, als der Bericht für alle Bildungsphasen zwar bekannte, aber dennoch größte Probleme und schwerwiegende Mängel diagnostiziert, für die die Politik die *Verantwortung* trägt und für die sie auch sechs Jahre nach PISA noch keine überzeugenden Konzepte und Strategien vorweisen kann: die unzureichende Qualifikation großer Teile des pädagogischen Personals in Kindertagesstätten; mangelnder Versorgungsgrad mit Tageseinrichtungen für unter Dreijährige; regionale Schiefelage bei der Versorgung mit Tageseinrichtungen für unter Dreijährige und über Sechsjährige; ungleiche Verteilung von Bildungschancen innerhalb des Schulsystems und bei den Übergängen in die berufliche Bildung; Grenzen und Probleme des dualen beruflichen Bildungswesens; Schwierigkeiten der Hochschulen bei der Bewältigung quantitativer und qualitativer Probleme; Rückgang der Weiterbildungsbeteiligung; und trotz aller Sonntagsreden sogar ein Rückgang bei der Bildungsfinanzierung.

Es kann deshalb weder beruhigen noch befriedigen, wenn die Bundesbildungsministerin auf die Frage nach dem weiteren Umgang mit dem Bildungsbericht öffentlich mitteilt, sie werde sich mit den KultusministerInnen treffen, Schlussfolgerungen ziehen und ggf. konkrete Schritte verabreden.<sup>7</sup> Wie es scheint, sieht sich die Bundesbildungsministerin als virtueller Ersatz für einen „nationalen Sachverständigenrat zur Berichterstattung und Begutachtung des Bildungswesens“, dessen Prüfung der Beschluss des Bundestages 2002 anregte.

Welche vorläufige Bilanz zur *Bedeutung und den Möglichkeiten* dieses ersten gemeinsamen Bildungsberichts von Bund und Ländern lässt sich ziehen?

- Die Bildungsberichterstattung ist das einzige gemeinsame Instrument von Bund und Ländern, das nach der Neuordnung der bundesstaatlichen Ordnung (sog. „Föderalismusreform“) und der damit verbundenen weiteren Zersplitterung der bildungspolitischen Verantwortungs- und Zuständigkeitsstrukturen die Grundlage für ein *ganzheitliches Bildungsverständnis* abgeben kann, um darauf aufbauend so etwas wie eine *gemeinsame nationale Bildungsstrategie* zu entwickeln.
- Bei der Konzeption und inhaltlichen Ausrichtung verlassen sich Bundesregierung und KMK nahezu ausschließlich auf wissenschaftlichen Sachverstand, der im Bereich der *empirischen* Bildungsforschung beheimatet ist. Dieser bedarf zumindest der Ergänzung durch VertreterInnen anderer pädagogischer und erziehungswissenschaftlicher Forschungsrichtungen.
- Ob und wie *politischer* Druck auf das wissenschaftlich unabhängige Konsortium ausgeübt wird, lässt sich nur vermuten, aber nicht belegen. Aufgabe und Einflussnahmen der von Bund und Ländern paritätisch besetzten „politischen“ Steuerungsgruppe sind für Außenstehende nicht durchschaubar.
- Eine Beteiligung der *Parlamente auf Bundes- und Länderebene* bei konzeptionellen und inhaltlichen Fragen hat bisher nicht stattgefunden und ist offenbar auch für die Zukunft nicht beabsichtigt.

Dasselbe gilt für die nicht parlamentarische *Fachöffentlichkeit* sowie für bildungspolitische Interessengruppen. Auch ihnen sollen keine verbindlichen Möglichkeiten der Einflussnahme eingeräumt werden.

---

7 Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 05.04.2006 in Berlin

Damit die Bildungsberichterstattung zu einem wichtigen Instrument einer nationalen Bildungsstrategie werden kann, müssen die dem Bildungsbericht zugrunde liegenden *bildungstheoretischen und philosophischen Annahmen* öffentlich debattiert werden, die Parlamente müssen strategische Ziele und die notwendigen Umsetzungs-, Zeitpläne, Evaluationsmechanismen und Finanzmittel beschließen.

Es muss eine *intensive Debatte* darüber geführt werden, ob das vorhandene Konzept die geeignete Grundlage für die angestrebten Ziele ist. Was ist ein gutes Bildungssystem und mit Hilfe welcher Indikatoren kann man es erkennen? Wie müssen die vorhandenen Indikatoren ergänzt werden, um ein umfassendes und ganzheitliches Bildungsverständnis zu unterstützen und ausreichende Informationen für politische Entscheidungen bereit zu stellen? Noch fehlt bei den Indikatoren der gesamte künstlerische, sportliche und musische Teil von Bildung sowie personale, soziale, demokratische und interkulturelle Kompetenzen. Es fehlt aber auch der Blick auf das pädagogische Personal sowie auf organisatorische und pädagogische Vorhaben und Prozesse. Das pädagogische Personal ist nur im frühen Bildungsbereich ansatzweise berücksichtigt. Eltern / Familien als Bildungsinstanzen fehlen gänzlich. Eine nur auf empirisch fundierte Indikatoren gestützte Bildungsberichterstattung wird vermutlich schon aus praktischen Gründen den für den Bildungsbereich notwendigen ganzheitlichen Ansatz nicht erreichen können.

- Die Parlamente müssen sich fragen, ob sie *das autokratische Vorgehen der zuständigen Minister* in Bund und Ländern hinnehmen wollen. Zu raten ist es ihnen nicht, wenn sie der schleichenden Entmachtung der Parlamente nicht Vorschub leisten wollen. Wäre es nicht vornehmste Aufgabe der Parlamente, die notwendigen politischen Schlussfolgerungen aus dem Bericht zu ziehen und die Ministerien zu konkretem Handeln zu verpflichten? Damit könnte Bundesregierung und KMK deutlich gemacht werden, dass Bildung ein öffentliches Gut und eine gesamtgesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe ist, die nicht allein in die Zuständigkeit von Länder- und BundesministerInnen fällt.

- Fachöffentlichkeit und bildungspolitische Interessengruppen müssen verbindliche *Partizipationsmöglichkeiten* einfordern. Werden sie verweigert, bleibt diesen Gruppen nur der Weg in die Öffentlichkeit.

Der jetzt vorliegende Bildungsbericht ist also ein guter, nicht unwichtiger Anfang, er wird seine bildungspolitischen Gestaltungsmöglichkeiten jedoch nur dann entfalten können, wenn die genannten Bedingungen konsequent geschaffen werden!

*Marianne Demmer*, geb. 1947, Stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft; zuständig für den Schulbereich;  
Anschrift: Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt/Main  
Email: [marianne.demmer@gew.de](mailto:marianne.demmer@gew.de)